

Die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur im sowjetischen Machtbereich in Europa nach 1945

Neue Untersuchungen gelesen und besprochen von Stefan Donth

Stefan CREUZBERGER/ Manfred GÖRTEMAKER (Hg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn 2002, 468 S.

Ralf Thomas BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programmatik – Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 36), Düsseldorf 2001, 590 S.

Ehrhart NEUBERT, *Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi*, Freiburg/Basel/Wien 2002, 267 S.

Christoph KÖSTERS, *Staatssicherheit und Caritas 1950–1989. Zur politischen Geschichte der katholischen Kirche in der DDR*, 2. Aufl., Paderborn 2002, 225 S.

Christoph KÖSTERS (Hg.), *Caritas in der SBZ/DDR 1945–1989. Erinnerungen, Berichte, Forschungen*, Paderborn 2001, 257 S.

Mit der Besetzung weiter Teile Mittel- und Osteuropas 1944/45 eröffnete sich der Sowjetunion die Möglichkeit, ihr Gesellschaftsmodell auf die eroberten Staaten zu übertragen. Die kommunistische Diktatur entstand nicht im Selbstlauf, sondern sie wurde bewusst und gegen erheblichen Widerstand breiter Schichten der Bevölkerung in den von der Roten Armee besetzten Gebiete durchgesetzt.¹

In dem von Kreuzberger und Görtemaker herausgegebenen Band untersuchen ausgewiesene Experten auf der Grundlage bisher unzugänglicher Archivalien osteuropäischer Provenienz, in welchen Etappen und mit welchen Methoden sich dieser Prozess in den »klassischen« Fällen Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, der Tschechoslowakei sowie der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und den beiden »Sonderfällen« Österreich und Finnland vollzog.

¹ Für diesen Forschungsansatz vgl. Rainer BEHRING/Mike SCHMEITZNER (Hg.), *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945-1952* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, 22), Köln/Weimar/Wien 2003.

Keinen Zweifel kann es am Ziel der Sowjetunion geben, ihre Machtstrukturen auf die von der Roten Armee eroberten Gebiete zu übertragen. Die Autoren zeigen, dass die sowjetischen Vorgaben von den Kommunisten in den einzelnen Ländern flexibel umgesetzt wurden. Das dem Vorgehen zugrundeliegende Konzept der »Nationalen Front«, von der sowjetischen Partei- und Staatsführung und der Kommunistischen Internationale (Komintern) seit 1943 entwickelt, zielte darauf ab, die kommunistischen Parteien mittels von diesen dominierten, nach außen hin bürgerlichen Koalitionen an die Macht zu bringen. Jegliche politische Opposition, ob nun sozialdemokratischer, liberaler oder konservativ-bürgerlicher Natur, war einzubinden, aufzuspalten und schließlich unschädlich zu machen. Mit dieser verdeckten Strategie sollten Widerstände der westlichen Alliierten aufgefangen werden. Angepasst an die jeweiligen Bedingungen integrierten die sowjetischen Statthalter und ihre einheimischen Helfer in den kommunistischen Parteien diese Staaten schrittweise in den sowjetischen Herrschaftsbereich. Detailliert wird in den Beiträgen unter einheitlichen Fragestellungen nachgezeichnet, wie die Opposition ausgeschaltet wurde und welcher Mechanismen der Einflussnahme sich die Sowjets bedienten. Dadurch wird das sowjetische Vorgehen in den Staaten Mittel- und Osteuropas vergleichbar. Aus geostrategischem Interesse kam dabei Polen und der SBZ für die Sowjetunion besondere Bedeutung zu, während in Finnland und Österreich eine Eingliederung in das Sowjetimperium nicht erfolgte.

Die weitaus besten Bedingungen gab es Jugoslawien, da hier bereits in den dreißiger Jahren die Kommunistische Partei bolschewisiert war und sich auch gegenüber der Komintern behauptet hatte. Aufgrund ihres erfolgreichen Partisanenkampfes gegen die deutsche Besatzungsmacht konnten sich die jugoslawischen Kommunisten bei Teilen der Bevölkerung auf Zustimmung stützen. Tito schaltete die Opposition aus eigener Kraft aus. Mit der von ihm forcierten Selbstsowjetisierung unterschied sich Jugoslawien von den anderen untersuchten Staaten.

Die SBZ bildete einen Sonderfall. Hier erfolgte die Gleichschaltung über einen längeren Zeitraum und vollzog sich stärker als in den anderen Staaten in parlamentarisch-demokratischen Scheininstitutionen. Spätestens 1947, als Rücksichten auf die westlichen Verbündeten weitgehend entfielen, setzte eine doppelte Gleichschaltung ein, die gleichermaßen die SED und die bürgerlichen Parteien erfasste. Die Autoren zeigen, dass die Ausschaltung der politischen Opposition eine zentrale Voraussetzung für den Aufbau der am sowjetischen Vorbild orientierten sozialistischen Gesellschaftsordnung in den von der Roten Armee besetzten Gebieten war. Damit legen sie eine sichere Grundlage für weitere vergleichende Forschungen. Mit Ausnahme von Österreich und Finnland war der Aufbau einer an westlichen Vorbildern angelehnten Demokratie von Anfang an ohne Chance.

Nachdem die Sozialdemokratie in der SBZ als selbstständig handelnder politischer Akteur 1946 beseitigt war, betrachteten Sowjets und deutsche Kommunisten die CDU als wichtigsten Gegner. Gestützt auf eine breite Quellenbasis untersucht Baus die Geschichte der CDU von deren Gründung 1945 und bis zum Erfurter Parteitag 1948 und beantwortet die Frage nach dem Handlungsspielraum der Union unter den Bedingungen sowjetischer Besatzungsherrschaft.

Vor dem Hintergrund der von der KPD/SED im Auftrag der Sowjets in der SBZ forcierten Blockpolitik konnte von einer eigenständigen und freien Entwicklung der CDU keine Rede sein. Vielmehr bestimmten Verfolgung und Widerstand den Alltag der Mitgliedschaft, die sich lange gegen die kommunistische Übermacht wehrte. Detailliert untersucht Baus die innerparteilichen Willensbildungsprozesse am Beispiel der Parteigründung in Berlin und den Ländern sowie der Diskussion um die von Jakob Kaiser angestoßene programmatische Neupositionierung der CDU Anfang 1946, als der CDU-Vorsitzende mit seinen Formulierungen vom »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« und »Deutschland als Brücke zwischen Ost und West« die Partei auf einen Kurs führte, dem nicht alle Funktionäre widerspruchslos folgten. Bei der Untersuchung der Programmatik der CDU und deren politischer Umsetzung zeigt Baus die demokratischen, antitotalitären und antikommunistischen Traditionen der Partei im Osten Deutschlands auf. Dieser politische Ansatz stand den Intentionen der sowjetischen Besatzungsmacht diametral gegenüber. Deshalb bildet die Analyse der Konflikte zwischen Union und Sowjetischer Militäradministration in Deutschland (SMAD) einen Schwerpunkt der Arbeit. Baus nimmt neben den Absetzungen der CDU-Führungen um Andreas Hermes (Ende 1945) und Jakob Kaiser (Ende 1947) auch das Vorgehen von Sowjets und deutschen Kommunisten gegen die CDU auf der Ebene der Länder, Kreise, Städte und Kommunen der SBZ in den Blick. Bereits in der Gründungsphase der CDU, die hier erstmals für alle Länder und Provinzen der SBZ dargestellt wird, forcierte die SMAD die Gründung von zwei bürgerlichen Parteien – der CDU und der LDP. Ein politisch geschlossen agierendes Bürgertum betrachtete die sowjetische Besatzungsmacht als Hindernis für die Errichtung einer am sowjetischen Vorbild orientierten sozialistischen Gesellschaftsordnung in der SBZ. Besonders massiv griff die SMAD im Vorfeld der Wahlen 1946 ein, um ein gutes Ergebnis der Union zu verhindern und kommunistische Mehrheiten in den »Scheinparlamenten« auf kommunaler und Landesebene sicherzustellen.

Ausmaß und Methoden, mit denen SMAD und SED die CDU unter Druck setzten und überrollten, werden im Detail sichtbar gemacht. Mittels der »Differenzierung« isolierten sowjetische Besatzungsmacht und deutsche Kommunisten sogenannte »reaktionäre Politiker« und unterstützten »fortschrittliche

Kräfte«. Damit verhinderte die SMAD, dass die Parteiführungen um Hermes und Kaiser die Union in der SBZ auf einem einheitlichen Kurs halten konnten.

Detailliert geht Baus auf den größten und wichtigsten Landesverband der Union in der SBZ, die sächsische CDU, ein, ohne die anderen Verbände zu vernachlässigen. Bei der Bewertung der Rolle des sächsischen CDU-Landesvorsitzenden Hugo Hickmann während der Absetzung Kaisers gelangt Baus zu neuen Forschungsergebnissen, die eine differenzierte Beurteilung dieses wichtigen Politikers erlauben. Dies gilt auch für den prosovjetschen CDU-Politiker Otto Nuschke, der als Nachfolger Jakob Kaisers die Gleichschaltung der Union vorantrieb. Baus schließt mit dieser Untersuchung eine Forschungslücke zur Geschichte der CDU und der SBZ.

Die Konflikte zwischen CDU und SED interpretiert Ehrhart Neubert als »politischen Zweikampf in Deutschland« und legt den Schwerpunkt seiner Untersuchung der deutschen Nachkriegsgeschichte auf das Vorgehen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gegen die Union. Über die Analyse der geheimdienstlichen Aspekte dieser Auseinandersetzung wird der Frage nachgegangen, warum 1989/90 die Demokratie über die Diktatur siegte. Letztlich setzte sich das Menschenbild der Union durch, die Menschenwürde und Menschenrechte zur Grundlage ihrer Politik gemacht hatte. Neubert belegt, dass SED und MfS die CDU in beiden deutschen Staaten als ihren wichtigsten politischen Gegner ansahen. Auf der Grundlage der bisher weitgehend verschlossenen archivalischen Hinterlassenschaft des MfS wird das Vorgehen der Staatssicherheit herausgearbeitet, ohne dies auf die MfS-Perspektive zu verengen. Neubert befasst sich in dieser wichtigen Forschungsarbeit zur Geschichte des Einflusses der DDR auf die westdeutsche Innenpolitik ausführlich mit dem Vorgehen des MfS gegen Bundeskanzler Konrad Adenauer und zeigt, wie die noch junge Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis herausgebrochen werden sollte. Der DDR-Staatssicherheitsdienst gehörte zu den Instrumenten, die Stalin zur Umsetzung seiner Deutschlandpolitik einsetzte. Breiten Raum nimmt die Beantwortung der Frage ein, in welchem Ausmaß der DDR-Staatssicherheitsdienst, der immer im Auftrag der SED-Spitze handelte, die Politik der Bundesrepublik zu beeinflussen vermochte. Auf der Grundlage der MfS-Akten benennt Neubert die Verstrickungen einzelner CDU-Politiker in die Machenschaften der Stasi. Dabei gelangt er zu dem Ergebnis, dass es das MfS zu keinem Zeitpunkt vermochte, die Politik der CDU-Führungsspitze zu beeinflussen. Hier blieb der Zugriff immer äußerst begrenzt. Dieser Befund gilt jedoch nicht für Teile der SPD sowie der Grünen, da hier aufgrund der Arbeit Neuberts bisherige Forschungsergebnisse einer Korrektur bedürfen. Dies betrifft insbesondere die »Friedensbewegung« gegen die NATO-Nachrüstung in den achtziger Jahren. Dass die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa nicht verhindert werden konnte und 1982 der Regierungswechsel von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl er-

folgte, bedeutete ein Scheitern der SED-Westpolitik, die beides auch unter Rückgriff auf die Unterwanderungs- und Zersetzungsstrategien des MfS zu verhindern versucht hatte.

Neubert schließt mit einer Analyse der Politik der CDU beim Sturz der SED-Herrschaft und während der Wiedervereinigung. Nach einem Ausblick auf die Aufarbeitung des Kommunismus leitet er über zu einem Plädoyer, die Auseinandersetzung mit der Geschichte der SED-Diktatur und ihres Geheimdienstes nicht allein als Problem der neuen Bundesländer anzusehen, sondern als gesamtdeutsche Aufgabe zu begreifen. Dazu liefert Neuberts Studie einen wichtigen Beitrag.

War die CDU der wichtigste politische Gegner der SED, so gelten die Katholiken als deren »interessantester«. Diese gehörten zu den Schichten, denen es gelang, sich dem Herrschaftsanspruch der SED zwar nicht vollständig, aber doch weitgehend zu entziehen. Die Katholiken trotzten dem Totalitätsanspruch der SED Freiräume ab, was anderen gesellschaftlichen Gruppen bei weitem nicht in diesem Ausmaß bzw. gar nicht gelang. In der SBZ/DDR entstand, wie Wolfgang Tischner eindrucksvoll herausgearbeitet hat, eine »katholische Subgesellschaft«.²

Der Verzicht der Katholischen Kirche auf politische Aktivitäten, von zahlreichen Zeitzeugen auch als Rückzug in das eigene Ghetto bezeichnet, eröffnete im Gegenzug Zugeständnisse des Staates im sozialen Bereich. Gestützt zum einen auf eine detaillierte Kenntnis kirchlicher und geheimdienstlicher Quellen, und zum anderen auf die Erinnerungen der kirchlichen Entscheidungsträger schließt Kösters mit seinen beiden Bänden eine Forschungslücke zu den Auseinandersetzungen zwischen MfS und Caritas. Deren Organisation in der DDR war die einzige im gesamten Ostblock, die die Sowjets nach Kriegsende nicht auflösten. Neben einer Rücksichtnahme auf die westlichen Alliierten ist zudem davon auszugehen, dass die SMAD damit auch die Tätigkeit der Caritas gegen das NS-Regime anerkannte. Außerdem wollte die sowjetische Besatzungsmacht in der Nachkriegsnot auf die Caritas zurückgreifen.

In der DDR organisierte sich die Caritas im Gegensatz zur Bundesrepublik nicht als Verband, sondern wurde in die Strukturen der Amtskirche eingebunden, um ihre Angriffsfläche zu verringern. Dies stärkte die Caritas gegenüber SED und DDR-Staatsapparat, die einen Kirchenkampf in letzter Konsequenz vermied. Zudem gab diese Organisationsform der Kirchenführung die Möglichkeit, die Kontakte zu Partei und Staat bei wenigen Vertrauenspersonen zu konzentrieren. Die Katholische Kirche und mit ihr als Teil die Caritas lehnten

2 Wolfgang TISCHNER, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, B 90), Paderborn 2001.

das ideologische Fundament der SED-Herrschaft ab. Trotz aller partiellen Zusammenarbeit fand nie ein Ausgleich der jeweils gegensätzlichen Interessen statt. Die Nischenexistenz von Katholischer Kirche und Caritas bedeutete jedoch nicht, dass das MfS nicht wissen wollte, was hier vor sich ging. Gerade die »relative Selbstständigkeit« und die Brückenfunktion der Katholischen Kirche zwischen Ost und West weckten das Interesse Mielkes.

Fundiert weist Kösters bei der Überprüfung der Stasi-Kontakte von 183 hochrangigen Caritas-Mitarbeitern nach, dass es das MfS trotz einer wachsenden Informationsbasis, die sich vor allem aus abgehörten Telefonaten, anderen Abhöraktionen sowie »Abschöpfungsvorgängen« speiste, zu keinem Zeitpunkt vermochte, die Caritasarbeit direkt zu steuern. Die DDR-Staatssicherheit scheiterte mit ihren intensiven Bemühungen und erzielte keinen entscheidenden Einbruch in die Elite der Caritas. Nur auf unterer Ebene gab es langjährige Kontakte. Ausgehend vom Ziel des MfS, alle Bereiche der DDR-Gesellschaft zu kontrollieren und zu steuern, kam dies einer Niederlage des auf den ersten Blick übermächtigen Geheimdienstes gleich.

Kösters analysiert die verschiedenen Phasen des Spannungsverhältnisses zwischen MfS und Caritas. Während für die fünfziger Jahre vor allem die gewaltsame Repression charakteristisch war, wich diese nach dem Mauerbau einer »pragmatischen Koexistenz«. Dafür stehen die zwischen SED-Regime und Caritas praktizierten Regelungen des Devisentransfers sowie Häftlingsfreikäufe und Familienzusammenführungen. In den siebziger Jahren begann dann eine »partielle Kooperation«, für die allerdings detaillierte Untersuchungen noch ausstehen.

Der Caritas ging es darum, das katholische Leben in der DDR mitzuprägen und ihre sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser und Kindergärten gegen staatliche Marginalisierungsversuche zu verteidigen. So gelang es der Caritas, 32 kirchliche Krankenhäuser unter den Bedingungen des DDR-Gesundheitswesens zu erhalten. Die Caritasarbeit war tragender Bestandteil der Tätigkeit der katholischen Kirche, für die das identitätsstiftende Bewusstsein caritativen Wirkens bei ihren Bemühungen, sich gegen die SED zu behaupten, unverzichtbar war. Die sich daraus ergebenden Berührungspunkte zwischen Caritas und MfS blieben, wie Kösters nachweist, im Wesentlichen auf die bischöflich genehmigten Kontakte beschränkt. Die machtpolitischen Realitäten in der DDR ließen dazu aus Sicht der Verantwortlichen bei der Caritas keine andere Möglichkeit zu, wenn für die Bürger in der DDR etwas erreicht und ihnen geholfen werden sollte. Kontakte mit dem MfS waren immer auch eine Gratwanderung der beteiligten kirchlichen Amtsträger, die sich nicht durch den SED-Geheimdienst instrumentalisieren lassen durften. Während Prälat Johannes Zinke, der 1951 eine Zweigstelle der Caritas in Ost-Berlin aufgebaut hatte, zäh und lange mit dem DDR-Rechtsanwalt Wolfgang Vogel verhandelte und pragmatisch von Fall zu Fall mit der Stasi sprach, verzichtete sein Nachfolger

Otto Groß in Einzelfällen auf Absprachen mit seinem Bischof. Das aufgrund seiner Initiative durch die DDR genehmigte »Bischöfliche Hilfswerk Not in der Welt« verstieß gegen die »politische Abstinenz« der Katholischen Kirche. Groß hatte ein politisches Geschäft eingefädelt, nach dem die Katholische Kirche in der DDR als Spenderin für caritative Projekte in Algerien auftrat und dieser Staat als Gegenleistung die DDR diplomatisch anerkannte.

Seitens der DDR-Führung bestand partiell Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Caritas. Das betraf beispielsweise die Qualität der medizinischen Versorgung, die Deviseneinnahmen der Caritas und deren Engagement für behinderte Menschen. Die Caritas nutzte die schlechte materielle Situation in der DDR bei ihren Verhandlungen mit dem Staat aus, um ihre Position zu verbessern. Dabei halfen ihr die Hilfslieferungen, die sie aus der Bundesrepublik Deutschland erhielt. Ob und in welchem Ausmaß diese pragmatische Zusammenarbeit zwischen Caritas und MfS in letzter Konsequenz die SED-Diktatur stabilisierte – dieser Zwangslage waren sich die kirchlichen Amtsträger bewusst. Mit den Worten des damaligen Bischofs von Berlin und heutigen Kölner Kardinals Joachim Meisner war es ihr Hauptziel, den »Menschen zu helfen«. 35.000 Häftlingsfreikäufe und 250.000 Familienzusammenführungen haben dazu beigetragen, die Wunden der Teilung Deutschlands zu lindern. Dies ließ sich in der Rückschau Meisners nicht »so rein« von der Systemstabilisierung trennen. Ob die Caritas damit vielleicht unbeabsichtigt den Untergang der DDR hinausgezögert hat, müssen weitere Forschungen zeigen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass es zu jedem Zeitpunkt der über 40 Jahre dauernden kommunistischen Diktatur nicht nur in der DDR, sondern in allen von der Roten Armee 1945 besetzten Gebieten bis 1989/90 immer die Sowjetunion war, die die Herrschaft der Kommunisten garantierte, weil diese niemals die Zustimmung der Bevölkerung für ihre Politik gewannen.